

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 07/2024 vom 15.02.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Jędrzej Bielecki: Polen in der ersten Liga der Union. Die neue diplomatische Strategie der Regierung Tusk*
- *Das Außenministerium bereitet den Austausch von Botschaftern vor. Auf der Liste von Andrzej Duda stehen vier Unantastbare*
- *Sturm auf den Sejm oder die Hilflosigkeit der PiS*
- *Lasst uns das mit dem großen Atomkraftwerk einfach vergessen*
- *Aus Andrzej Dudas Worten zur Krim geht hervor, dass er eine russische Interpretation der internationalen Politik übernommen hat.*
- *„Politische Morde der Tusk-Regierung“. Womit wird uns Jaroslaw Kaczynski noch wütend machen?*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Jędrzej Bielecki: Polen in der ersten Liga der Union. Die neue diplomatische Strategie der Regierung Tusk



Quelle: rp.pl

Die Regierung setzt auf eine kopernikanische Wende in der Diplomatie.

Von Jędrzej Bielecki

Ich pfeife auf die NATO - Anna Applebaum griff zum unverblümtesten Zitat von Donald Trump, das in den Memoiren seines nationalen Sicherheitsberaters John Bolton festgehalten ist, um ihre Analyse der Folgen seiner möglichen Rückkehr ins Weiße Haus in der neuesten Ausgabe von The Atlantic zu beginnen. - Sollte er gewählt werden, wird er unser Engagement für das europäische Bündnis beenden, argumentiert die US-Kolumnistin.

Die Frau von Radosław Sikorski bekleidet kein Amt in der polnischen Regierung. Es ist jedoch bekannt, dass sie einen großen Einfluss auf das Denken des Chefs der polnischen Diplomatie hat. Ihre Einschätzungen sind daher sicherlich einer der Schlüssel, wenn nicht sogar der wichtigste Schlüssel, um die Vision der neuen polnischen Außenpolitik zu verstehen.

Anders über die Beziehungen zu Washington nachdenken

Ausgangspunkt ist die Überzeugung, dass man sich auf Amerika nicht mehr in dem Maße verlassen kann, wie es in den ersten 35 Jahren des freien Polens der Fall war. Und das kann man hören auf den Fluren der Machtzentralen in Warschau. Denn wir haben es mit einer tektonischen Verschiebung in der Haltung Washingtons gegenüber der Union zu tun, die unter Barack Obama bereits begonnen hat: „Die Amerikaner haben begriffen, dass es sich in der Auseinandersetzung mit China, in der Auseinandersetzung um Taiwan,

entscheiden wird, wer die erste Weltmacht im 21. Jahrhundert sein wird. Europa wird in diesem Kampf nur eine untergeordnete Rolle spielen“, so diese Argumentation. Die Rückkehr von Trump ins Weiße Haus, der den Brexit unterstützt hat und der der erste amerikanische Präsident war, der sich gegen die europäische Integration ausgesprochen hat, würde eine Revolution in der amerikanischen Außenpolitik beschleunigen. Polen müsste sich dann wahrscheinlich zwischen, wie Aleksander Kwaśniewski es ausdrückte, „Vater und Mutter“ entscheiden, d. h. zwischen Amerika und der EU (Deutschland). Aber auch ohne die Beteiligung des Milliardärs wird die Umgestaltung der Vereinigten Staaten weitergehen.

Diese Analyse der Beziehungen zu Washington unterscheidet sich radikal von der Herangehensweise an die Sicherheit des Landes unter der Regierung der PiS. Unter Jarosław Kaczyński wurde damals alles auf eine einzige amerikanische Karte gesetzt. Mehr noch: Warschau bemühte sich um privilegierte bilaterale Beziehungen zu Trump selbst und verkannte dabei die tödliche Bedrohung, die seine Präsidentschaft für Polen darstellt. Warnungen im Jahr 2018, dass der Milliardär daran denke, Amerika aus dem Bündnis zu lösen, was unser Land alleinstehend lassen würde, halfen nicht. Ebenso wenig wie die mittelmäßigen Ergebnisse der Verhandlungen zum Bau von Fort Trump in unserem Land. Als Joe Biden im November 2020 zum neuen Präsidenten des Landes gewählt wurde, zögerte Andrzej Duda, die Wahlniederlage Trumps anzuerkennen. Aber auch viel später beugte sich Kaczyński dem Veto Washingtons gegen Lex Tusk und hielt das Senderecht von TVN aufrecht, um sein Bündnis mit den Amerikanern aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig kritisiert der Vorsitzende der PiS Trump auch noch heute nicht, trotz seiner zunehmend beunruhigenden Äußerungen, insbesondere zur Ukraine. Für ihn ist alles, was jenseits des Atlantiks geschieht, lobenswert.

Auch hier ist der Unterschied zwischen der aktuellen und der vorherigen Regierung radikal. Jetzt, erklärt Applebaum, wird Trump seine Drohungen, die USA aus der Nato herauszuführen, nicht nur deshalb wahr machen, weil er über viel mehr politische Erfahrung verfügt und die Republikanische Partei vollständig kontrolliert, sondern auch, weil er sich anstelle von angesehenen Mitarbeitern wie Verteidigungsminister James Mattis mit Jasagern umgeben wird, die selbst seine verrücktesten Ideen akzeptieren werden.

Reparationen von Deutschland in den Hintergrund

Aber es gibt noch eine zweite Feststellung, die mit der ersten zusammenhängt und auf die die polnischen Behörden kommen: Wladimir Putin will sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, wenn Trump im Weißen Haus und Marine Le Pen (vielleicht ab 2027) im Elysée-Palast sitzt, der Macht des Westens einen entscheidenden Schlag zu versetzen und das zu reparieren, was er für das größte Drama des vergangenen Jahrhunderts hält, den Zusammenbruch der Sowjetunion. Deshalb ist man im polnischen Regierungsteam davon überzeugt, dass die russischen Truppen, wenn sich die Gelegenheit bietet, die Nato-Grenze überschreiten werden, höchstwahrscheinlich in den baltischen Staaten. Und das würde den Zusammenbruch der europäischen Sicherheitsarchitektur und einen Konflikt von globalem Ausmaß bedeuten.

Die von Russland ausgehende Bedrohung wird sowohl von der PiS als auch von der demokratischen Koalition ähnlich eingeschätzt. Aber schon die Vorschläge für die daraufhin zu ergreifenden Maßnahmen unterscheiden sich.

Tusks Team ist der Ansicht, dass die Bedrohung so groß ist, dass alles dem Ziel untergeordnet werden muss, dass sie niemals eintritt. Es geht in erster Linie darum, eine Alternative zu dem immer unsicherer werdenden Bündnis mit den Amerikanern zu schaffen. Und da kann es nur eine Alternative geben: die europäische Verteidigung. Diesem Zweck sollen Symbole dienen: Nach der Ukraine ist es Frankreich und Deutschland, denen Donald Tusk seinen ersten Auslandsbesuch abstatten wird. Deshalb geht es sowohl in den Beziehungen zu Berlin als auch zu Paris darum, das Feld von Nebensächlichkeiten zu säubern, die eine Annäherung über Jahre hinweg behindert haben.

Im ersten Fall geht es vor allem um die Reparationen. Radosław Sikorski griff das Thema bei seinem Besuch an der Spree wie nebenbei auf und appellierte an seine Amtskollegin Annalena Baerbock, in dieser Frage „kreativ“ zu sein. Zudem brach er mit einem Tabu aus der Kaczyński-Ära, indem er sagte, er sehe

kein prinzipielles Hindernis für eine Verstärkung des polnischen Teils der Ostflanke durch deutsche Soldaten, denn schließlich sei die Bundesrepublik ein „Verbündeter“ Polens.

Im Falle der Franzosen soll der Weg zu einer engen Zusammenarbeit durch eine neue Regelung für die Auswahl von Auftragnehmern bei der Ausführung großer Rüstungsaufträge oder dem Bau des nächsten Kernkraftwerks geebnet werden. Dies wird nicht mehr ein Bereich sein, der Washington vorbehalten ist, sondern zu dem auch andere (sprich: Paris) Zugang haben werden.

Das Weimarer Dreieck kommt zurück

Der Höhepunkt dieser Versöhnung mit Frankreich und Deutschland soll die Wiedergeburt des Weimarer Dreiecks sein. Der Grund dafür ist zum Teil taktischer Natur. Um die PiS vollständig zu besiegen, braucht Tusk einen Sieg bei den Kommunal-, Europa- und Präsidentschaftswahlen. Daher zieht er es vor, sich ein weiteres Jahr lang nicht Kaczynskis Vorwürfen auszusetzen, sich Berlin unterzuordnen. In einem Dreieck mit französischer Beteiligung hingegen ist eine Revolution in der polnischen Diplomatie für die eher konservativen Wähler leichter zu schlucken.

Die polnischen Behörden beabsichtigen jedoch auch, dass das Weimarer Dreieck eine ganz besondere Rolle in der Union einnimmt. Es handelt sich um eine Art Triumvirat, das de facto die gesamte Gemeinschaft regieren wird. Nach dieser Logik repräsentiert Frankreich nicht nur sich selbst, sondern auch den gesamten Süden des vereinten Europas. Deutschland ist Mitteleuropa und Polen ist der gesamte Osten der Union. Wer sollte sich also dem Weimarer Dreieck widersetzen?

In Paris und Berlin ist eine solche Vision vor allem deshalb akzeptabel, weil beide Hauptstädte eine außergewöhnliche Schwächephase durchlaufen. Ohne ihre Mehrheit in der Nationalversammlung haben Emmanuel Macron und Olaf Scholz, der in den Umfragen am unteren Ende der Skala rangiert, nicht mehr die Kraft, die gesamte Union effektiv zu führen. Sie sind bestrebt, das deutsch-französische Tandem um einen dritten Spieler zu ergänzen.

Donald Trump torpediert die Hilfe für die Ukraine und untergräbt den Sinn der Nato, während Wladimir Putin nach der Niederlage von Kiew noch weitergehen könnte. Die Regierung von Donald Tusk sieht eine Rettung für Polen darin, stärker auf ein Bündnis mit Frankreich und Deutschland zu setzen.

Die Verwirklichung einer solchen Vision wäre jedoch nicht möglich gewesen, wenn Tusks Team nicht von der Strategie abgewichen wäre, alle Veränderungen zu blockieren, die zu einer stärkeren Integration der Union führen. Macron und Scholz sind überzeugt, dass ein geeintes Europa ein ernst zu nehmender politischer Akteur auf der internationalen Bühne werden muss und nicht nur eine Zone der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dies wird nicht nur durch den Krieg in der Ukraine, sondern auch durch die imperialen Ambitionen Xi Jinpings und den am Rande eines Krieges balancierenden Nahen Osten erzwungen.

Vertreter der polnischen Regierung signalisieren daher ihre Bereitschaft, über die Abschaffung oder zumindest eine weit gehende Einschränkung des Vetorechts im Rat der EU in Außen- und Sicherheitsfragen zu verhandeln. Ihrer Ansicht nach ist dies eine offensichtliche Schlussfolgerung aus dem Verhalten Viktor Orbáns bei den Sanktionen gegen Russland. Diese Reform würde jedoch mit einer Änderung des Systems der qualifizierten Mehrheit einhergehen, das im Vertrag von Lissabon verankert ist. Es erlaubt Deutschland und Frankreich mit Hilfe von Luxemburg und Malta, jede Entscheidung im EU-Rat zu blockieren: ein De-facto-Veto für das deutsch-französische Tandem. Polen möchte einen ähnlichen Einfluss auf Brüsseler Entscheidungen haben. Außerdem fordert es eine klare (vertragliche) Verbindung zwischen dieser Revolution und der Aufnahme der Ukraine in die EU.

Auf diese Weise tritt die Regierung, die sowohl Drei-Meere-Initiative als auch Visegrad für tot hält, in die erste europäische Liga ein. Zum ersten Mal entwickelt sie eine Vision für die Entwicklung der gesamten Union, nicht nur für die polnischen Rückforderungen.

Zsfg.: JP



www.mleczko.pl

- IN POLEN WURDEN IN ZAHLREICHEN KELLERN LEICHEN GEFUNDEN!
ICH GLAUBE, WIR HABEN EINEN WEITEREN KRIMINALFALL,
LIEBER WATSON

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Das Außenministerium bereitet den Austausch von Botschaftern vor. Auf der Liste von Andrzej Duda stehen vier Unantastbare



Marek Magierowski

Quelle: wyborcza.pl

Im Sommer werden rund 60 von der PiS nominierte Botschafter von ihren Posten Abschied nehmen. Präsident Andrzej Duda hat versprochen, den Wechsel nicht zu behindern. „Die Nominierten der Vorgängerregierung versuchen nun zu beweisen, dass sie die Demokratie immer verteidigt haben“, hören wir von Diplomaten.

Bei der Besetzung der diplomatischen Vertretungen muss sich die Regierung von Donald Tusk mit dem Präsidenten einigen, da dieser die Botschafter ernennt. Andrzej Duda ist auf Kollisionskurs mit der Regierung, wenn es darum geht, der PiS den Einfluss auf die öffentlichen Medien zu entziehen oder die Position des Staatsanwalts zu ändern. Nach der Aufhebung der Mandate der verurteilten ehemaligen Minister Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik kündigte er an, dass er alle Gesetze der Regierung dem Przyłębska-Tribunal vorlegen werde. In der Frage der Außenpolitik will er jedoch von Anfang an einen Kompromiss und hat noch im Dezember letzten Jahres Gespräche mit dem Chef der Diplomatie Radosław Sikorski geführt.

Die Liste von Präsident Duda

Seitdem ist in der polnischen Politik viel passiert, aber der Präsident ändert seine Position in dieser Frage nicht. Gerade hat er die Entlassung von Andrzej Sadoś aus dem Amt des Ständigen Vertreters bei der Europäischen Union unterzeichnet. Die Einberufung des ehemaligen stellvertretenden Außenministers der PiS-Regierung zu Konsultationen im Land (Piotr Serafin, ehemaliger Minister für europäische

Angelegenheiten, übernahm den Posten) war eine der ersten Entscheidungen Sikorskis. Ohne eine Entscheidung des Präsidenten blieb er jedoch formell weiterhin Botschafter, obwohl das Außenministerium ihn von seinem Posten entband. Obwohl Sados von PiS-Politikern verteidigt wurde, unterzeichnete Duda schließlich seine Entlassung. Was wird in künftigen Fällen geschehen? „Es gibt eine Liste von diplomatischen Vertretungen, die von ehemaligen Mitarbeitern des Präsidenten geleitet werden. Der Präsident möchte nicht, dass sie ausgetauscht werden“, so eine Quelle aus der Diplomatie.

Die Liste beginnt mit dem Botschafter bei den Vereinten Nationen Krzysztof Szczerski und dem Botschafter beim Heiligen Stuhl Adam Kwiatkowski. Beide waren zuvor Leiter des Präsidialkabinetts. Hinzu kommen Paweł Soloch, Botschafter in Rumänien und ehemaliger Leiter des Nationalen Sicherheitsbüros, sowie Jakub Kumoch, Botschafter in China und ehemaliger Leiter des Büros für internationale Angelegenheiten. Marek Magierowski, ehemaliger Leiter der Pressestelle im Präsidialamt, wird seinen Botschafterposten in Washington verlieren, aber voraussichtlich eine Botschaft in einem anderen, weniger wichtigen Land erhalten.

Die Rückkehr erfahrener Diplomaten

Was ist mit den anderen? Unseren Informationen zufolge plant das Außenministerium die Ablösung von etwa 60 Botschaftern. „Der Wechsel wird auf zivilisierte Weise erfolgen, um den Botschaftern Zeit zu geben, sich auf ihre Rückkehr in ihre Heimat vorzubereiten“, so unsere Quellen in der Diplomatie.

In einigen Fällen werden sich die Veränderungen wahrscheinlich im Sommer vollziehen. An anderen Orten werden sie schneller erfolgen. Zum Beispiel in der Botschaft in Berlin. Dort werden demnächst die Vorbereitungen für die ersten deutsch-polnischen Regierungskonsultationen seit Jahren beginnen. Unseren Quellen zufolge sollte sich damit nicht die Mannschaft beschäftigen, die von der PiS-Regierung ernannt wurde, die die polnisch-deutschen Beziehungen vorsätzlich zerstört hat. Die freien Stellen werden hauptsächlich mit Berufsdiplomaten besetzt, insbesondere mit solchen, die von der PiS-Regierung auf Abstellgleis gesetzt wurden.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,30679355,msz-szykuje-sie-do-wymiany-ambasadorow-na-liscie-andrzeja-dudy.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Sturm auf den Sejm oder die Hilflosigkeit der PiS



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Dominika Wielowieyska**

Die Partei von Jarosław Kaczyński wird aus dem Sturm auf den Sejm mit Wąsik und Kamiński kein politisches Kapital schlagen. Die öffentliche Meinung wird es als puren Randalismus ansehen.

Maciej Wąsik und Mariusz Kamiński haben am Mittwoch versucht, als Abgeordnete in den Sejm einzuziehen, obwohl sie keine Abgeordneten mehr sind. Sie haben nicht bemerkt, dass es Präsident Andrzej Duda war, der das Erlöschen ihrer Mandate bestätigt hat.

Der Präsident begnadigte Wąsik und Kamiński und beschloss damit, ihre vom Gericht der zweiten Instanz verhängten Urteile aufzuheben. Damit erkannte er an, dass die Urteile existieren. Und da dies der Fall ist, ergibt sich aus der Verfassung, dass die Verurteilten keine Parlamentssitze mehr haben.

Der Sejmmarschall, Szymon Hołownia, muss daher an der Position festhalten, dass die Mandate von Kamiński und Wąsik erloschen sind, da sich dies unmittelbar aus der Verfassung ergibt. Sollte er seine Meinung ändern, würde er sich der Gefahr der Verantwortungsübernahme vor dem Staatstribunal aussetzen.

Nach der kürzlichen Begnadigung durch den Präsidenten und damit der Anerkennung des Urteils blieb die Kammer für außerordentliche Kontrolle des Obersten Gerichtshofs alleine mit ihrer Behauptung, Hołownias Anordnungen zum Erlöschen der Abgeordnetenmandate seien ungültig. Die Kammer, die sich aus Neo-Richtern zusammensetzt und weder vom Obersten Gerichtshof selbst noch von den europäischen Gerichten anerkannt wird, hat ihre Kompetenzen eindeutig überschritten, denn ihre Rolle beschränkt sich

auf die Überprüfung von Verfahren und nicht auf die Entscheidung von Sachfragen. Und die jüngste Begnadigung bedeutet, dass der Präsident dem Urteil der Kontrollkammer widersprochen hat. Die Anwältin des Präsidenten, Ministerin Malgorzata Paprocka, hat sich jedenfalls gegen die zweite Begnadigung ausgesprochen, weil sie wusste, dass die Dinge so laufen. Aber die Alternative wäre gewesen, dass beide Männer im Gefängnis bleiben.

Am Mittwoch begann die PiS dann den Krach vor dem Sejm, um zwei ehemalige Abgeordnete in das Gebäude zu schleusen. „Also gut, meine Herren, los geht's! Los geht's“, schrien die PiS-Politiker. Es gab ein Handgemenge mit der Marschallgarde. Das ist ein skandalöses Verhalten. Ich war schon immer sehr kritisch, wenn es darum ging, Polizeibeamte anzurempeln oder zu beleidigen. Genauso wie ich kritisiert habe, dass einige Polizeibeamte das Gesetz übertreten haben. Unabhängig davon, wer in Polen an der Macht war. Es ist eine Frage des Respekts vor dem Staat. Daher ist die Empörung über das Verhalten der Abgeordneten der PiS eine Folge meiner festen Ansichten zu diesem Thema.

Die Partei von Jarosław Kaczyński wird aus dem Sturm auf den Sejm mit Wąsik und Kamiński kein politisches Kapital schlagen. Vielmehr zeigt sie ihre Hilflosigkeit. Die Umfragen sprechen nicht für Kamiński und Wąsik; die Öffentlichkeit wird das Gerangel als puren Randalismus ansehen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,30674155,szturm-na-sejm-czyli-bezradnosc-pis.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Lasst uns das mit dem großen Atomkraftwerk einfach vergessen



Quelle: wyborcza.pl

Von **Witold Gadomski**

Investitionen in große Kernkraftwerke dauern fast immer länger und kosten viel mehr als die ursprünglich veranschlagten Kosten. Daher ist es besser, nach anderen Wegen zur Sicherung einer emissionsfreien Energieversorgung zu suchen.

Die Parteien der Koalition des 15. Oktober unterstützen den Bau großer Kernkraftwerke, da sie der Meinung sind, dass dies der einzige Weg ist, um eine stabile Versorgung mit emissionsfreiem Strom zu gewährleisten, der die Versorgung durch Wind- und Solarkraftwerke ergänzt. Sie folgen damit dem von der Vorgängerregierung eingeschlagenen Weg, die den Bau von zwei oder möglicherweise drei großen Kernkraftwerken in Polen innerhalb von 10-11 Jahren angekündigt hatte.

Eines sollte von der US-Firma Westinghouse gebaut werden, das zweite von den polnischen Unternehmen ZE PAK (an dem die Unternehmen von Zygmunt Solorz beteiligt sind), PGE und dem koreanischen Unternehmen KHNP, und das dritte vielleicht in Zusammenarbeit mit französischen Unternehmen. Diese Ankündigungen hatten wenig mit der Realität zu tun. Weder die Politiker noch die Experten haben dargelegt, wie die Investitionen finanziert werden sollen, und haben sich eher auf die Technologie als auf das Geld konzentriert.

Erster Vertrag mit den Amerikanern

Im September 2023 unterzeichnete die Firma Polskie Elektrownie Jądrowe (PEJ) einen Vertrag mit einem Konsortium aus Westinghouse und Bechtel zur Planung des ersten polnischen Kernkraftwerks im Rahmen

des Kernenergieprogramms der Regierung. Die Auswahl von US-Unternehmen war Teil der Außen- und Rüstungspolitik der polnischen Regierung. Politiker der PiS deuteten an, dass sich die Amerikaner im Gegenzug für den Auftrag bereit erklären würden, Polen mit moderner militärischer Ausrüstung zu beliefern, deren Verkauf ins Ausland der Zustimmung des Kongresses bedarf. Wie viel Wahrheit darin steckt, wissen wir nicht, da die Gespräche geheim waren.

Der Vertrag mit Westinghouse und Bechtel sieht die Planung der Hauptkomponenten des Kernkraftwerks vor: die so genannte Nuklearinsel, die Turbineninsel und die zugehörigen Einrichtungen. Die Laufzeit des Vertrags beträgt 18 Monate, und es werden mehr als 400 Berichte und Studien erstellt. Im Moment geht es also um die Planung und nicht um den Bau, geschweige denn um die Finanzierung der amerikanischen Investition. Bechtel ist ein amerikanisches Ingenieur-, Beschaffungs-, Bau- und Projektmanagementunternehmen, das 1898 in San Francisco, Kalifornien, gegründet wurde. Im Jahr 2022 war es das zweitgrößte Bauunternehmen in den Vereinigten Staaten.

Probleme des amerikanischen Auftragsnehmers

Noch interessanter ist die Geschichte der Westinghouse Electric Company LLC. Dabei handelt es sich um ein amerikanisches Kernkraftunternehmen, das 1999 aus der ursprünglichen Westinghouse Electric Corporation ausgegliedert wurde. Letztere blickt auf eine 140-jährige Geschichte zurück, erstere nur auf 25 Jahre, und das in einer ziemlich turbulenten Zeit. Im Jahr 2006 wurde es vom japanischen Unternehmen Toshiba aufgekauft. Im Jahr 2017 wurden Verluste in Höhe von 9 Mrd. USD festgestellt, und das Unternehmen meldete Konkurs an. Ein Jahr später verkaufte Toshiba es an die kanadische Gruppe Brookfield Business Partners.

Der Verlust ist auf den Bau von vier Kernkraftwerksblöcken zurückzuführen - zwei im Kraftwerk Vogtle in Georgia - von denen sich einer im Besitz der Southern Company befindet - und zwei im Kraftwerk VC Summer in South Carolina. Westinghouse sollte in diesen Anlagen AP1000-Druckwasserreaktoren bauen - die ersten Reaktoren, die seit 40 Jahren in den USA gebaut werden. Die gleichen Reaktoren soll Westinghouse auch in Polen bauen. Es dauerte fünf Jahre, bis der Reaktorentwurf genehmigt wurde, und es wurden 19 Änderungen vorgenommen, um die grundlegenden Sicherheitsanforderungen der US-Nuklearaufsichtsbehörde (NRC) zu erfüllen.

In den 1980er Jahren nahm die Southern Company die ersten beiden Reaktoren im Kraftwerk Vogtle (benannt nach einem ihrer Präsidenten) in Betrieb, was am Ende viel mehr kostete als erwartet. Ursprünglich wurden die Kosten für jeden Reaktor auf etwa 1 Mrd. \$ geschätzt, am Ende waren es fast 9 Mrd. \$.

Im August 2008 wurden die Kosten für die Reaktoren 3 und 4 von Vogtle mit 14,3 Mrd. USD veranschlagt, und der kommerzielle Betrieb sollte 2016 bzw. 2017 aufgenommen werden. Inzwischen wurde Reaktor 3 im Juli 2023 in Betrieb genommen, und der vierte Reaktor soll noch in diesem Jahr in Betrieb gehen, sofern verschiedene Fehler behoben werden können. Aktuelle Schätzungen zufolge werden die Investitionen mehr als 30 Mrd. \$ kosten. Southern Company nahm für die Investition Bankkredite auf, für die das Office of Loan Programs des Energieministeriums 12 Mrd. \$ an Kreditbürgschaften bereitstellte. Die Kosten wurden letztlich von den US-Steuerzahlern getragen.

Eine Investition in South Carolina lief sogar noch schlechter. Im Jahr 2017, vier Monate nachdem Westinghouse Konkurs angemeldet hatte, bat die Scana Corporation, die einen Anteil von 55 Prozent am VC Summer-Projekt hielt, die South Carolina Public Service Commission um die Genehmigung eines Plans zur Aufgabe der Investition. Milliarden von Dollar wurden als Verlust abgeschrieben.

Noch eine Information über Westinghouse: Am 31. Januar dieses Jahres entschied die tschechische Regierung, dass das US-Unternehmen die Bedingungen der Ausschreibung für den Bau eines neuen Blocks im Kernkraftwerk Dukovany nicht erfüllt hat. Die Behörden in Prag forderten die beiden verbleibenden Bieter, die französische EDF und die koreanische KHNP, auf, verbindliche Angebote für die vier Blöcke abzugeben.

Das soll nicht heißen, dass Westinghouse ein unseriöses Unternehmen ist und dass seine Konstrukteure, Ingenieure und Techniker schlecht ausgebildet sind. Sie haben sicherlich viel aus den Fehlern gelernt, die in Vogtle und VC Summer gemacht wurden. Aber Investitionen in große Kernkraftwerke sind mit einem

hohen Risiko verbunden und kosten fast immer mehr als die ursprünglich veranschlagten Kosten. Außerdem dauern sie in der Regel viel länger als erwartet.

Probleme auch in Europa

Den Europäern geht es überhaupt nicht besser als den Amerikanern. Ein Beispiel ist der Bau von Block 3 des Kernkraftwerks auf der Insel Olkiluoto in Finnland. Er sollte 2009 in Betrieb genommen werden. Inzwischen wurde die Energieproduktion erst im Mai 2023 aufgenommen, und die Kosten waren um ein Vielfaches höher als geplant.

Der Investor ist TVO, ein Konsortium aus mehreren Unternehmen und Gemeinden. Es verfügt bereits über 2 Kernkraftwerke, die in den 1970er Jahren mit sowjetischer Technologie gebaut wurden. Der neue Block verfügt über die moderne EPR-Technologie (European Pressurised Reactor). Es gibt nur wenige Kraftwerke dieses Typs auf der Welt. Den Zuschlag für den Bau erhielt das deutsch-französische Konsortium Areva-Siemens. Der Vertrag sah Kosten in Höhe von 3 Milliarden Euro vor. Das Projekt sah nicht viele technische und organisatorische Probleme vor. Murphys Gesetz besagt jedoch, dass alles, was schiefgehen kann, auch schiefgehen wird.

Wie viel Geld versenken wir in dieses Projekt?

Wenn wir ein großes Kernkraftwerk bauen, wird es unsere Wirtschaft für Jahrzehnte bestimmen. Während die Regierung in Ostrołęka 2 Mrd. PLN hätte versenken können und erst nach einiger Zeit eine rationale Entscheidung getroffen hätte, um die Investition zu beenden, ist es unwahrscheinlich, dass dies nach Ausgaben von, sagen wir, 50 Mrd. PLN der Fall sein wird. Die Kosten für das Kraftwerk werden auf 20 Mrd. USD (ca. 90 Mrd. PLN) geschätzt, aber in Wirklichkeit muss man mit Kosten in Höhe von 120-150 Mrd. PLN rechnen. Diese enormen Kosten werden von den Stromverbrauchern (der Strom wird teurer, nicht billiger) oder von den Steuerzahlern getragen - falls die Europäische Kommission einer staatlichen Beihilfe zustimmt.

Derzeit befinden sich weltweit etwa 60 neue Kernreaktoren im Bau, die meisten davon in Asien. Die Blütezeit der Kernkraftwerke war 1996, als diese Quelle 17 Prozent des weltweiten Stroms lieferte. Heute sind es etwa 10 Prozent.

Hätte sich Polen Anfang der 1990er Jahre für den Bau eines Kernkraftwerks entschieden (was damals aufgrund von Haushaltszwängen schwierig war), würde es heute Strom zu relativ niedrigen Preisen produzieren, da die Anlage bereits abgeschrieben wäre. Aber dieses Zeitfenster hat sich nun geschlossen. Das Lustigste ist, dass für Studien über den Standort, die Kosten, die Rentabilität usw. eines Kernkraftwerks wahrscheinlich bereits 1 Milliarde PLN ausgegeben wurden.

Gilt auch bei Atom klein aber fein?

Es ist auch wichtig, die Tatsache zu berücksichtigen, dass sich die Innovation in der Welt beschleunigt, was es riskant macht, große Investitionen zu tätigen, die für Jahrzehnte geplant sind. Es könnte sich herausstellen, dass sich die Investition aufgrund des technologischen Wandels nie auszahlen wird. Anstatt also eine leere Debatte über den Standort eines großen Kernkraftwerks zu führen, sollten wir einen anderen Weg finden, um die Energieversorgung sicherzustellen.

Eine Technologie, die das Stromsystem stabilisieren kann, sind zum Beispiel kleine modulare Reaktoren (SMR) mit einer Leistung von bis zu 300 MW. Sie eignen sich für Stromnetze jeder Größe, zumal sie skalierbar und relativ einfach und schnell zu bauen sind. SMR können nicht nur zur Stromerzeugung eingesetzt werden, sondern auch zur Beheizung von Wohn- und Geschäftsgebäuden, zur Unterstützung hybrider Energiesysteme, zur Versorgung von Entsalzungsanlagen, zur Beheizung von Gewächshäusern usw.

Sie können im Werk zu Modulen oder Einheiten zusammengebaut werden (Standardisierung ist möglich, was die Stückkosten senkt) und zum Standort transportiert werden. Dies verkürzt die Bauzeit auf 1,5 bis 2,5 Jahre und bietet mehr Möglichkeiten für geeignete Standorte als größere Anlagen. Zusätzliche Module können hinzugefügt werden, wenn der Energiebedarf steigt.

Diese Flexibilität und Schnelligkeit verringert den Investitionsbedarf und erleichtert die Finanzierung. Die Investitionen in SMR belaufen sich auf mehrere Milliarden Dollar, so dass die Kraftwerke von privaten Unternehmen gebaut und betrieben werden können, ohne dass staatliche Unterstützung erforderlich ist. Die SMR-Technologie wurde bereits entwickelt, ist aber bisher noch nicht kommerziell genutzt worden. Die in den USA ansässige NuScale Power Corporation hatte geplant, das erste Kraftwerk mit dieser Technologie in fast fünf Jahren in Betrieb zu nehmen, zog sich aber Ende letzten Jahres aus finanziellen Gründen zurück. Dieses Scheitern wird aber wohl keine weiteren Investoren abschrecken.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,30662874,dajmy-sobie-spokoj-z-wielka-elektrownia-atomowa.html>

Aus Andrzej Dudas Worten zur Krim geht hervor, dass er eine russische Interpretation der internationalen Politik übernommen hat.



Quelle: wyborcza.pl

Von **Bartosz T. Wieliński**

Genau aus diesem Grund ist die russische Propaganda so erpicht darauf, diese Erklärung zu veröffentlichen.

Es gibt Politiker, deren großer Vorzug darin besteht, dass sie sagen, was sie denken. Karel Schwarzenberg zum Beispiel, der kürzlich verstorbene langjährige Leiter der tschechischen Diplomatie, verzichtete auf bürokratischen Neusprech und trieb mit großer Grazie einen Pflock durch aufgeblasene europäische Politiker. Botschafter protestierten, Moralapostel wüteten, aber Schwarzenberg wird als eine der klügsten und schillerndsten Figuren in der Politik Mitteleuropas an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert im Gedächtnis bleiben.

Ein solches Schicksal ist Andrzej Duda nicht beschieden, obwohl auch er sagt, was er denkt. Er spricht und schadet sich selbst. Und seine Aussage über die Zukunft der Krim hat dem Staat geschadet.

Andrzej Duda zur Krim - eine überraschende Evolution der Ansichten

Auf die Frage in einem Interview mit „Kanał Zero“, ob er glaube, dass die Ukraine die seit 2014 von Russland besetzte Krim zurückerobern werde, antwortete der Präsident so: „Es ist schwierig für mich, diese Frage zu beantworten. Ich weiß nicht, ob sie die Krim zurückbekommen wird, aber ich glaube, dass sie

Donezk und Lugansk zurückbekommen wird. Die Krim ist ein besonderer Ort, auch aus historischen Gründen. Denn wenn wir uns die Geschichte anschauen, war sie länger unter der Kontrolle Russlands.“

Dies ist eine überraschende Entwicklung. Denn im August 2022, sechs Monate nach Beginn der russischen Aggression, reiste Duda nach Kiew zu den Beratungen der Krim-Plattform, einem internationalen Forum, das die Ukraine bei der Wiedererlangung der Kontrolle über die seit 2014 besetzte Halbinsel unterstützt, und vertrat dort eine eindeutige Position. „So wie Danzig oder Lublin zu Polen gehören, war, ist und wird die Krim Teil der Ukraine sein“, sagte er damals und warf dem Westen vor: „War die faktische Zustimmung zur Besetzung der Krim nicht ein falsches Signal vieler Länder an Russland?“

Wenn der polnische Präsident, der sich im Kampf gegen den russischen Angriff so sehr auf die Seite der Ukraine gestellt hat, anderthalb Jahre später nicht nur bezweifelt, dass die Krim an die Ukraine zurückgegeben wird, sondern auch, ob die Ukraine überhaupt ein Recht auf die Krim hat - weil die Halbinsel seiner Meinung nach schon länger russisch als ukrainisch ist -, dann bedeutet das, dass es eine Wende in der polnischen Außenpolitik gegeben hat.

Eine alptraumhafte Formulierung, denn aus Dudas Worten geht hervor, dass er eine russische Interpretation der internationalen Politik übernommen hat, die die Bestimmungen der UN-Charta, des Budapester Memorandums, das die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine garantiert, oder eine Reihe internationaler Abkommen, die mit der Regierung in Kiew geschlossen wurden, ignoriert.

Der Kreml argumentiert seit 2014, dass die Krim, da sie früher russisch war, zu Russland gehört. Und Andrzej Duda sagt immerhin, dass es sich um einen „besonderen Ort“ handelt, und führt ebenfalls historische Argumente an. Genau deshalb ist die russische Propaganda so erpicht darauf, Dudas Aussage zu veröffentlichen.

Andrzej Dudas Worte senden die falsche Botschaft

In den westlichen Gesellschaften, auch in Polen, wächst die Kriegsmüdigkeit, die Hilfe für die Ukraine wird zur Geisel innenpolitischer Streitigkeiten. Noch hält Kiews Koalition der Verbündeten durch, aber das schlechte Signal aus Polen hätte nicht zu einem schlechteren Zeitpunkt in die Welt gehen können. Die französische Rechtsaußen-Führerin Marine Le Pen und Donald Trump sprachen davon, dass die Krim russisch ist. Duda hat ihnen Wind in die Segel gegeben.

Während des Wahlkampfs im letzten Jahr wurden die Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine zerbrochen. Die neue Regierung ist dabei, sie eilig zu reparieren, und Präsident Duda hat sie erneut beschädigt. Die Zahl der Botschaften von Politikern der Regierungskoalition, die Dudas Worten widersprechen, zeigt, wie ernst die Lage ist. Polens mühsam wiedergewonnene internationale Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel.

Es ist nichts geschehen, was Präsident Duda dazu berechtigen würde, daran zu zweifeln, dass die Ukraine die Krim zurückgewinnen kann. Der polnische Präsident äußerte sich jedoch offen über seine Gedanken in dieser Angelegenheit...

Warum?

Ich lasse Sie mit dieser Frage allein. Ich schreibe nur, dass Polen kein Staatsoberhaupt verdient, das ständig die Phrase „Ich als Präsident der Republik“ verwendet, beim Sprechen zu theatralischen Gesten greift, Palastprunk liebt, aber, wenn es nötig ist, nicht in der Lage ist, die an einen Präsidenten gestellten Anforderungen zu erfüllen.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,30662825,ze-slow-andrzeja-dudy-o-krymie-wynika-ze-przyjal-rosyjska-interpretacje.html#S.TD-K.C-B.1-L.1.duzy>

„Politische Morde der Tusk-Regierung“. Womit wird uns Jaroslaw Kaczynski noch wütend machen?



Quelle: wyborcza.pl

Von **Agnieszka Kublik**

Wenn Kaczynski Tusks Team „politische Morde“ vorwirft, begeht er selbst politischen Selbstmord. Was für eine Wahlkampfstrategie!

Wie viele schwerwiegende Anschuldigungen hat Jarosław Kaczyński nach den Wahlen gegen Premierminister Donald Tusk erhoben? Dass er das Gesetz bricht („nach dem Angriff auf die öffentlichen Medien in den letzten Tagen setzt die Regierung die Zerstörung anderer Staatsorgane fort“), dass er die Verfassung bricht („die Verfassung funktioniert nicht“). Dass er das Recht überhaupt nicht anerkennt („ein erheblicher Teil der Regierenden erkennt das geltende Recht nicht an, er erkennt als Recht seinen Willen an, der ein fremder Wille ist, man kann annehmen, dass es ein deutscher Wille ist“). Er hat ihn sogar beschuldigt, einen Staatsstreich zu inszenieren. „Im Moment ist eine Krise im Gange, aber es ist eine Krise, die im Gesetz beschrieben ist. Es handelt sich um Artikel 127 des Strafgesetzbuches [Putsch], von 10 Jahren bis lebenslänglicher Haft. Dies ist ein Versuch eines Regimewechsels. Aber es ist nicht nur dieses Ereignis, viele der Ereignisse, die nach dem 13. Dezember stattfanden, bilden zusammen die Begehung eines Verbrechens durch diese Regierung“, urteilte Kaczynski kürzlich. Es ist schwer zu begreifen, was ihm durch den Kopf geht. Wie könnte die Regierung ein Attentat auf die Opposition verüben? Das ist so absurd, dass es reine Zeitverschwendung ist.

Es gibt auch Angriffe, die selbst für Kaczyńskis bisherige Praxis außergewöhnlich schändlich sind. Vor nicht allzu langer Zeit erklärte er auf einer Wahlkampfveranstaltung: „Tusks Wille ist das Gesetz, es gab schon welche, deren Wille das Gesetz war, der Wille des Führers war das Gesetz“. Und dann sind da noch die beiläufigen Bemerkungen, dass die PO eine „externe“, „deutsche“ Partei sei.

Darüber hinaus beschuldigte Kaczynski Tusk, die Folterung von Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik im Gefängnis angeordnet zu haben.

„Die Entscheidung wurde ganz oben getroffen. Ich bin davon überzeugt, dass es sich um eine persönliche Entscheidung von Donald Tusk handelt und er persönlich für die Anwendung von Folter verantwortlich gemacht werden sollte“, sagte der Vorsitzende der PiS ernst.

Und dass man keine Spuren der Folter von Kamiński und Wąsik sehen kann, ist keine große Sache, denn „manche kann man sehen und andere nicht“.

[...]

Am Mittwoch gehörte Kaczynski zu der Gruppe, die zusammen mit Kaminski und Wąsik den Sejm stürmte. Die Gruppe der Abgeordneten der PiS zog zum Sejm mit Rufen: „Vorwärts meine Herren“.

Schließlich betraten Kaminski und Wąsik den Sejm nicht und werden doch nun darauf verzichten.

Kaczynski selbst lässt aber nicht locker. Er überschreitet weitere Grenzen. Er eskaliert. Er erhebt neue Anschuldigungen.

„Von dieser Regierung, die ständig gegen das Gesetz verstößt, kann man alles erwarten, sogar politische Morde“, erklärte Kaczyński am Donnerstag im Sejm.

Neben Hochverrat ist politischer Mord die schwerste Anklage, die ein Politiker gegen einen anderen Politiker erheben kann. Dies sagt ein ehemaliger Ministerpräsident, stellvertretender Ministerpräsident und Bruder des polnischen Staatspräsidenten.

Dies sind nur die Worte eines unterlegenen Politikers, der nicht weiß, wie er mit seiner Niederlage umgehen soll. Sein Geisteszustand sagt ihm, dass er sich retten muss, indem er alle anderen beschuldigt. Das entschuldigt ihn jedoch in keiner Weise. Kaczyński hat mit diesen Worten politischen Selbstmord begangen. Was immer er jetzt sagt, verdient keine Beachtung. Nur ein frustrierter, verbitterter, unsicherer, verwirrter alter Mann, der versucht, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, weil er sich als Opfer fühlen will und als solches wahrgenommen werden möchte.

[...]

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,30679663,zabojstwa-polityczne-rzadu-tuska-czym-nas-jeszcze-wprawi.html>



Quelle: wyborcza.pl

„Einige polnische Politiker verstehen einfach nicht, was in der Verfassung steht und wie das Gesetz funktioniert, und obendrein haben einige dieser Politiker in der vergangenen Zeit, als Polen ein Staat der Gesetzlosigkeit war, gezielt Institutionen wie diese außerordentliche Kammer [Oberstes Gericht] eingerichtet, die illegal ist ...“

Prof. Radosław Markowski - Polnischer Soziologe, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer und Publizist, Professor für Sozialwissenschaften, Spezialist für vergleichende Politikwissenschaft und Analyse des Wahlverhaltens

Quelle: <https://www.onet.pl/kultura/onetkultura/przepychanki-przed-sejmem-poradzic-sobie-z-chuliganami/qyf2xwc,681c1dfa>

rbb24.de

Polen schließt ersten Teil des Oder-Ausbaus im Februar ab

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/02/oder-ausbau-polen-februar-ende-naturschutz-baustopp.html>

tagesschau.de

Abtreibungsrecht lockern - aber wie?

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-abtreibungsrecht-108.html>

spiegel.de

Polens Verteidigungsminister spricht von Vorbereitungen auf russischen Angriff

<https://www.spiegel.de/ausland/polen-verteidigungsminister-bereitet-sein-land-auf-russischen-angriff-vor-a-65408145-32ef-45c7-9ee6-576ea85d46d8>

mdr.de

Wie es für die PiS nach dem Regierungswechsel weitergeht

<https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/polen-zustand-pis-kommunalwahlen-100.html>

t-online.de

Polens Präsident brüskiert Kiew mit brisanter Aussage

https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_100336282/andrzej-duda-stoesst-mit-aussage-ueber-krim-auf-kritik-in-polen-und-der-ukraine.html

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik